

ZUR MENSCHENRECHTSLAGE

Amnesty international beklagt in Vietnam insbesondere folgende Menschenrechtsverletzungen:

- Gesetzliche Bestimmungen zur nationalen Sicherheit
- Willkürliche Verhaftungen und unfaire Gerichtsverfahren
- Todesstrafe
- Unmenschliche Haftbedingungen und Hausarrest
- Verfolgung aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft
- Verfolgung ethnischer Minderheiten
- Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit

In den letzten Jahren wurden einige politische Gefangene freigelassen. Diese sind jedoch häufig Repressalien ausgesetzt und werden in der Regel nach ihrer Entlassung für mehrere Jahre unter Hausarrest gestellt. Werden politische Gefangene vor dem Ablauf ihrer Haftzeit freigelassen, müssen sie einwilligen, sofort das Land zu verlassen. Sie werden dann direkt vom Gefängnis zum Flughafen gebracht. Außerdem gab es in den letzten Jahren zunehmend neue Verhaftungen von Mitgliedern und Unterstützer*innen verbotener politischer Parteien, unabhängiger Gewerkschaften, Blogger*innen, Geschäftsleuten, Journalist*innen, Schriftsteller*innen und Sänger*innen sowie Angehörigen ethnischer Minderheiten.¹

Nach wie vor sind alle gesellschaftlichen Organisationen – wie Kirchen, Gewerkschaften, Verbände, Medien – der Partei unterstellt. Organisationen, die sich nicht der staatlichen Kontrolle unterstellen wollen, wie z. B. die „Unified Buddhist Church“ (UBCV) werden verfolgt. Ab 2021 tritt eine Ergänzung zum Arbeitsgesetz in Kraft, nach dem die Gründung unabhängiger Betriebsgewerkschaften erlaubt sein soll.²

GESETZLICHE BESTIMMUNGEN ZUR NATIONALEN SICHERHEIT

Zahlreiche Artikel des vietnamesischen Strafgesetzbuches (VnStGB) erlauben es, Personen alleine aufgrund von friedlicher Meinungsäußerung und gewaltfreien Aktivitäten in Haft zu nehmen. Auch das überarbeitete Strafgesetzbuch von 2015, welches am 1.1.2018 in Kraft getreten ist, sanktioniert in Teil 2 im Kapitel über die „nationale Sicherheit“ sehr vage formulierte Vergehen mit drakonischen Strafen (bis zu lebenslänglich und Todesstrafe).

Bei den Delikten handelt es sich etwa um „Aktivitäten gegen die Volksregierung“ (Art. 109), „Propaganda gegen den Staat“ (Art. 117), „Störung der nationalen Sicherheit“ (Art. 118), „Illegale

¹ Amnesty International: „Prisoners of Conscience in Vietnam“, Mai 2019, <https://www.amnesty.org/en/documents/asa41/0303/2019/en/>, Zugriff am 23.04.2020

² Anita Chan: Gewerkschaftsfreiheit in Vietnam, in Südostasien Mai 2019, <https://suedostasien.net/gewerkschaftsfreiheit-in-vietnam/>, Zugriff am 23.04.2020



Bereitstellung oder Verwendung von Informationen in Computernetzen oder Telekommunikationsnetzen“ (Art. 288), „Stören der öffentlichen Ordnung“ (Art. 318) sowie „Missbrauch der demokratischen Freiheiten“ (Art. 331).³

Die genannten Artikel ersetzen lediglich ähnlich lautende Artikel in der vorherigen Ausgabe des Strafgesetzbuches. Mit der Revision des VnStGB ist hingegen eine Verschärfung der Gesetzgebung eingetreten, die es dem Staat erlaubt, harte Strafen gegenüber Blogger*innen und Menschenrechtsaktivist*innen zu verhängen.⁴

WILLKÜRLICHE VERHAFTUNGEN UND UNFAIRE GERICHTSVERFAHREN

Die willkürliche Verhaftung und Inhaftierung, insbesondere von politischen Aktivist*innen und Einzelpersonen, die gegen Landbeschlagnahmen oder andere (sozial-ökonomische/politische) Ungerechtigkeiten protestieren, ist ein ernstes Problem. Beamte nehmen auch häufig Menschenrechtsaktivist*innen fest, sobald sie von Auslandsreisen zurückkehren.

Verdächtige Personen können ohne einen Haftbefehl bis zu 72 Stunden festgehalten werden. Das VnStGB 2015 verkürzt die Frist für die Inhaftierung während der Ermittlungen, einschließlich „schwerer“ und „besonders schwerer“ Straftaten. Für letztere kann eine Person bis zu 20 Monate lang festgehalten werden. Das Gesetz erlaubt es der Obersten Volksstaatsanwaltschaft jedoch, eine Person „bis zum Abschluss der Untersuchung“ in Fällen von „besonders schweren Verbrechen“ - dies sind Fälle im Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit - festzuhalten. Im Jahr 2018 saßen staatlichen Berichten zufolge 230 Personen länger als 20 Monate in Untersuchungshaft. Erst nach Abschluss der Untersuchung werden Verdächtige offiziell angeklagt.⁵

Das Gesetz schreibt vor, dass Behörden Personen, die in Gewahrsam gehalten, eines Verbrechens beschuldigt oder eines Verbrechens angeklagt werden, innerhalb von drei Tagen nach ihrer Festnahme über ihre gesetzlichen Rechte informieren müssen, einschließlich des Rechts auf einen Anwalt oder eine Anwältin. In vielen Fällen erlauben die Behörden den Anwalt*innen nur unmittelbar vor dem Gerichtsverfahren den Zugang zu ihren Mandant*innen oder zu den gegen sie erhobenen Anschuldigungen. Dadurch erhalten die Anwalt*innen nicht ausreichend Zeit für die Vorbereitung der Verteidigung ihrer Mandant*innen.

Gerichtsverfahren für politische Gefangene entsprechen oft nicht internationalen Standards, obwohl die vietnamesische Strafprozessordnung faire Gerichtsverfahren garantiert. So wird in vielen Fällen

³ <https://www.wipo.int/edocs/lexdocs/laws/en/vn/vn086en.pdf>, Zugriff am 24.04.2020

⁴ HRW: Vietnam, new law threatens right defense, <https://www.hrw.org/news/2017/06/21/vietnam-new-law-threatens-right-defense>, Zugriff am 24.04.2020

⁵ United State Departement of States, Vietnam Report 2019, <https://www.state.gov/wp-content/uploads/2020/03/VIETNAM-2019-HUMAN-RIGHTS-REPORT.pdf>, Zugriff am 24.04.2020



das Recht auf Unschuldsvermutung verletzt, da durch offizielle Verlautbarungen in den staatlich gelenkten Medien bereits eine Vorverurteilung stattfindet. Die Justiz steht durch das Ministerium für öffentliche Sicherheit effektiv unter der Kontrolle der KPV. Die meisten, wenn nicht sogar alle Richter*innen sind Mitglieder der KPV und werden regelmäßig überprüft. Verteidiger*innen beklagen, dass in vielen Fällen Richter*innen bereits vor dem Prozess eine Schuldentscheidung getroffen hätten. Gerichtsverfahren sind grundsätzlich öffentlich, in sensiblen Fällen wird die Öffentlichkeit aber ausgeschlossen oder limitiert.

Die Anwaltschaft in Vietnam ist nicht unabhängig. Einige Angeklagte würden es daher vorziehen, sich selbst zu verteidigen oder sich durch ausländische Anwälte*innen vertreten zu lassen. In der Regel wird den Angeklagten oftmals erst kurz vor Prozessbeginn ein Anwalt oder eine Anwältin zugewiesen. Richter*innen, die politisch sensible Prozesse leiten, erlaubten Verteidiger*innen und Angeklagten oft nicht, ihre gesetzlichen Rechte auszuüben. So erlaubt das Strafgesetzbuch den Angeklagten, neben ihrem Verteidiger/ihrer Verteidigerin zu sitzen. Dies ist allerdings keine Standardpraxis. In politischen Prozessen dürften weder Angeklagte noch ihre Anwälte*innen Beweise, auf die sich die Staatsanwaltschaft stützt, prüfen oder überprüfen. Auch ist es Verteidiger*innen in Prozessen mit politischem Hintergrund meist nicht gestattet, Zeug*innen zu benennen oder zu befragen.

TODESSTRAFE

Offizielle Statistiken über die Anwendung der Todesstrafe gelten in Vietnam als Staatsgeheimnis. Nach wie vor werden Todesurteile wegen Drogendelikten und Wirtschaftsverbrechen, wie Unterschlagung, verhängt. 2017 gab es nur wenige Berichte über Hinrichtungen in den Medien, doch Amnesty International ist der Ansicht, dass jedes Jahr zahlreiche Hinrichtungen vollstreckt werden. Ein Bericht des vietnamesischen Ministeriums für Öffentliche Sicherheit vom Februar 2017 enthüllte zum ersten Mal, dass Vietnam der drittgrößte Hinrichter weltweit ist. Das Land richtete zwischen dem 6. August 2013 und dem 30. Juni 2016 insgesamt 429 Gefangene hin. Der Bericht enthält jedoch keine Aufschlüsselung nach Jahren. In dem Bericht stand weiterhin, dass seit 2013 fünf neue Zentren zur tödlichen Injektion gebaut werden sollten. Ende 2017 sollen über 600 Personen zum Tode verurteilt gewesen sein.⁶

Auch im Jahr 2019 hat das Ministerium keine Zahlen über Hinrichtungen oder Todesurteile veröffentlicht. In einem Bericht an den Justizausschuss der Nationalversammlung, der Anfang September 2019 vorgelegt wurde, erklärte die Regierung, dass zwischen dem 1. Oktober 2018 und dem 31. Juli 2019 68 Männer hingerichtet worden seien. Die Zahl der in den ersten sieben Monaten des Jahres 2019 verhängten Todesurteile sei dem Bericht zufolge um 25% höher als im gleichen Zeitraum 2018.

⁶ Amnesty International: 10 year death row case pushed for execution, <https://www.amnesty.org/download/Documents/ASA4180042018ENGLISH.pdf>, Zugriff am 24.04.20



Ferner wurde festgestellt, dass 229 Menschen seit fünf bis zehn Jahren in der Todeszelle auf ihre Hinrichtung warteten, 20 weitere sogar mehr als zehn Jahre.⁷

Paragraf 40 des VnStGB bestimmt, dass das „Todesurteil ein besonderes Urteil ist, das gegen Menschen verhängt wird, die extrem schwere Verbrechen begangen haben, die die nationale Sicherheit und menschliches Leben bedrohen oder Korruptionsverbrechen und andere sehr schwere in diesem Dokument definierte Verbrechen umfasst“. Die Reform nahm zwar einige Straftaten von der Todesstrafe aus, doch Mord, Veruntreuung und Drogendelikte – die Verbrechen, die am häufigsten mit der Todesstrafe geahndet werden – blieben von der Reform unberührt. Das Strafgesetzbuch schreibt nicht zwingend die Todesstrafe vor und nennt explizit alternative Strafen wie eine lebenslange Haft. Die Gerichte sind angewiesen, alle erschwerenden und mildernden Umstände bei der Strafzumessung zu berücksichtigen und können daher weniger schwere Strafen verhängen. Die Straftatbestände des Drogenschmuggels und Wirtschaftsverbrechen fallen nicht in die Kategorie der „schwersten Verbrechen“, auf die sich die Anwendung der Todesstrafe laut internationalen Menschenrechtsnormen beschränken muss.

UNMENSCHLICHE HAFTBEDINGUNGEN UND HAUSARREST

Die Haftbedingungen sind je nach Gefängnis und Provinz sehr unterschiedlich, aber in der Regel schlecht. Unzureichende Ernährung und unreine Lebensmittel, Überfüllung, mangelnder Zugang zu Trinkwasser und schlechte sanitäre Einrichtungen sind ernsthafte Probleme. Einige Gefangene werden in Gefängnissen untergebracht, die weit, teilweise über tausend Kilometer, von ihren Familien entfernt sind. Zahlreiche Gefangene befinden sich in schlechtem Gesundheitszustand, weil ihnen angemessene medizinische Versorgung verwehrt wird. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten entspricht weder den UN-Mindestgrundsätzen für die Behandlung von Gefangenen noch anderen internationalen Standards.

Untersuchungshäftlinge werden teilweise in denselben Zellen untergebracht wie verurteilte Straftäter*innen. In Provinzgefängnissen werden die Gefangenen nicht nach Geschlecht getrennt untergebracht. Ehemalige Gefangene berichteten, dass es immer wieder zu Gewalttaten in Gefängnissen kommt sowohl zwischen Gefangenen untereinander als auch zwischen Gefangenen und Wärter*innen. Es ist auch zu Todesfällen in Gefängnissen gekommen.⁸

Gefangene werden gefoltert und zu Geständnissen gezwungen. Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, darunter Haft ohne Kontakt zur Außenwelt, verlängerte Einzelhaft, Schläge, die Verweigerung der medizinischen Behandlung, sind nach dem Völkerrecht verboten, aber gängige Praxis der staatlichen Behörden von Vietnam. Vietnam hat das

⁷ Amnesty International: Death Sentences and Executions 2019, <https://amnesty-vietnam.de/wp-content/uploads/91/Amnesty-Death-Sentences-and-Executions-2019.pdf>, Zugriff 30.04.20

⁸ United State Departement of States, a.a.O., S. 7



Übereinkommen gegen Folter und andere grausame unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung 2015 ratifiziert und ist Vertragsstaat des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte; Vietnam hat jedoch kein Fakultativprotokoll des Pakts unterzeichnet. Dissident*innen werden üblicherweise nach ihrer Entlassung noch für weitere Jahre unter Hausarrest gestellt.

VERFOLGUNG AUFGRUND DER ZUGEHÖRIGKEIT ZU EINER RELIGIONSGEMEINSCHAFT

Die Kontrolle und Steuerung der Religionsgemeinschaften auf allen Ebenen erfolgt über die „Büros für religiöse Angelegenheiten“, die zur Verwaltungsstruktur der „Vaterländischen Front“ gehören. Den rechtlichen Rahmen dazu bildet das Religionsgesetz, die „Verordnung über Religion und Glauben“. Am 1. Januar 2018 trat eine neue Fassung dieses Gesetzes in Kraft mit dem vordergründigen Ziel, das nationale Gesetz international abgeschlossenen Abkommen anzupassen. Dennoch ist der rechtliche Rahmen nach wie vor sehr restriktiv und enthält zahlreiche „Mehrdeutigkeiten und Widersprüche“, was zu sehr willkürlichen Entscheidungen führen kann. Zudem steht es nicht im Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards wie beispielsweise dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, dem Vietnam beigetreten ist.⁹

Religionsfreiheit gilt nur für diejenigen Glaubensgemeinschaften, welche sich staatlich registrieren lassen. Religionsgemeinschaften, die sich einer staatlichen Registrierung verweigern und entziehen, gelten als illegal und werden vom Staat bekämpft. Nicht anerkannte religiöse Gruppen, darunter Cao Dai, Hoa Hao, christliche und buddhistische Gruppen, werden ständig überwacht, belästigt und eingeschüchtert. Anhänger*innen unabhängiger religiöser Gruppen sind öffentlicher Kritik, erzwungenem Glaubensverzicht, Inhaftierung, Verhör, Folter und Inhaftierung ausgesetzt.¹⁰

Dort, wo der Glaube mit politischen Ansprüchen einhergeht, wie beispielsweise dem Kampf um Landrechte, ist die Situation ungleich brenzlicher. Viele Angehörige indigener Völker in Vietnam gehören offiziell nicht zugelassenen protestantischen Kirchen oder verbotenen Hauskirchen an. Mehr als 250 Angehörige indigener Völker, die in Vietnams zentralem Hochland leben, werden aufgrund ihres Engagements für Religionsfreiheit in Haft gehalten. Schätzungsweise 10.000 Hmong- und Montagnard-Christ*innen im zentralen Hochland leben praktisch staatenlos, da die lokalen Behörden sich weigern, ihnen Ausweise auszustellen. Die Anhänger*innen christlicher Glaubensgemeinschaften werden regelmäßig schikaniert, ihre Hauskirchen überfallen, angezündet oder geschlossen, traditionelle Bestattungsriten reguliert oder ganz verboten.¹¹

⁹ Amnesty International: Verfolgt wegen ihres Glaubens, 2019, <https://amnesty-vietnam.de/informationen/religionsfreiheit/>, Zugriff am 30.04.20

¹⁰ HRW: World Report 2020, <https://www.hrw.org/world-report/2020/country-chapters/vietnam>, Zugriff am 30.04.2020

¹¹ USCIRF: World Report 2020, <https://www.uscirf.gov/sites/default/files/Vietnam.pdf>, Zugriff am 30.04.20



EINSCHRÄNKUNG DER MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT

Die Verfassung garantiert freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit, faktisch ist die Presse- und Meinungsfreiheit allerdings stark eingeschränkt. Printmedien, Radio und TV werden durch das Ministerium für Information und Kommunikation kontrolliert. Die Propaganda- und Bildungskommission der KPV intervenieren häufig direkt, um eine Geschichte zu diktieren oder zu zensieren. Es gibt mehr als 700 Nachrichtenmedien, die alle in staatlichem Besitz sind oder von regierungsnahen Organisationen betrieben werden und somit das Sprachrohr der KPV sind. Unabhängiges Schreiben wird nicht selten gewaltsam unterdrückt, häufig richten sich Journalisten allerdings gleich nach den von der Regierung herausgegebenen Richtlinien für Medienschaffende, die sicherstellen, dass die Regierungspartei in positivem Licht erscheint. Laut Reporter-ohne-Grenzen (RSF) gehört Vietnam zu den Ländern, in denen weltweit die meisten Medienschaffenden wegen ihrer Arbeit im Gefängnis sitzen. Auf der von der NGO jährlich aktualisierten Rangliste der Pressefreiheit steht Vietnam auf Platz 176 von 180 Staaten.

Aufgrund der Pressezensur sind daher die einzigen Quellen für unabhängig recherchierte Informationen Blogs, Nachrichtenportale sowie Facebookseiten im Internet, die häufig von Exilvietnames*innen betrieben werden. Im Januar 2020 hatten etwa 70 Prozent der vietnamesischen Bevölkerung Zugang zum Internet.¹² Allerdings unterliegen auch die vietnamesischsprachigen Veröffentlichungen von Exil-Journalist*innen ständiger Beobachtung durch die Behörden. Um im Ausland lebende Dissident*innen einzuschüchtern und zur Selbstzensur zu zwingen, werden häufig die noch in Vietnam lebenden Familienangehörigen von Sicherheitskräften schikaniert.¹³

Facebook ist in Vietnam sehr verbreitet und zur Veröffentlichung von Kritik an der Regierung beliebt, weil es mit rein technischen Mitteln nur sehr schwierig gezielt zu zensieren ist. Die Regierung hat nur die Option, Facebook ganz zu sperren – aber die Sperrung im Jahr 2010 brachte nicht den gewünschten Erfolg, da die Sperren leicht umgangen werden können. Infolge dessen wurde 2018 versucht, Facebook dazu zu bewegen, einzelne Accounts oder Beiträge zu löschen. Wie RSF offenlegte, wurde Facebook offensichtlich dazu missbraucht, kritische Einträge zu löschen und einzelne Accounts zu sperren. Dazu starteten Unbekannte sogenannte „böswillige Angriffe“, indem sie unliebsame, kritische Journalist*innen unwissentlich zum Administrator/zur Administratorin einer Seite machten, auf der in grober Weise gegen „Community Standards“ verstoßen wurde.¹⁴

¹² <https://datareportal.com/reports/digital-2020-vietnam>, Zugriff am 29.04.20

¹³ RSF: „Exilblogger in Deutschland eingeschüchtert“, <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/vietnam/alle-meldungen/meldung/exilblogger-in-deutschland-ingeschuechtert/>, Zugriff am 25.04.20

¹⁴ Amnesty International: Facebook muss Kooperation bei Regierungszensur beenden, <https://www.amnesty.ch/de/laender/asien-pazifik/vietnam/dok/2020/facebook-muss-kooperation-bei-regierungszensur-beenden>, Zugriff am 27.04.20



Bereits seit 2008 wurde durch eine Reihe von Vorschriften die Kontrolle über traditionelle Medieninhalte auf den Online-Bereich ausgedehnt.¹⁵ Aber erst seit dem Regierungswechsel im Jahre 2016 zu Ministerpräsident Nguyen Xuan Phuc, der ebenso wie der Präsident dem traditionalistischen Lager zugerechnet wird, erarbeitete die Regierung ein Gesetz nach chinesischem Vorbild, welches als Cybersecurity-Gesetz am 1.1.2019 in Kraft trat.¹⁶ Das Gesetz stellt Kritik an der Regierung unter Strafe und verpflichtet Internetunternehmen, Daten lokal zu speichern und Benutzerdaten ohne die Notwendigkeit eines Haftbefehls an die Regierung weiterzugeben. Es schreibt vor, dass Social-Media-Unternehmen Inhalte auf Anfrage der Behörden innerhalb eines Tages entfernen müssen. Alle Inhalte, welche die Regierung als toxisch erachtet, können gemäß diesem Gesetz entfernt werden. Dazu zählen Online-Aktivitäten wie bspw. Die Organisation von Opposition gegen die KP; Verzerrung der revolutionären Geschichte und Errungenschaften Vietnams; Verbreitung falscher Informationen.

Das überarbeitete VnStGB 2015 enthält zahlreiche Artikel, welche Strafen für Online-Aktivitäten vorsehen. (siehe Kapitel Gesetzliche Bestimmungen zur nationalen Sicherheit) Das VnStGB macht Anwalt*innen auch strafrechtlich dafür verantwortlich, wenn Klient*innen wegen einer Reihe von Straftaten, einschließlich illegaler Online-Aktivitäten, nicht bei den Behörden gemeldet wurden, wodurch Anwalt*innen effektiv zu Agenten des Staates werden.

Im August 2019 behauptete der Minister für Information und Kommunikation, Nguyen Manh Hung, Facebook habe "70 bis 75 Prozent" der Forderungen der Regierung nach einer Einschränkung von Inhalten erfüllt, gegenüber "etwa 30 Prozent" zuvor. Unter den Materialien, die Facebook nach Angaben des Ministeriums entfernt hat, befanden sich "mehr als 200 Links zu Artikeln mit Inhalten gegen die Partei und den Staat". Der Minister behauptete auch, dass Google "80 bis 85 Prozent" seiner Anfragen zur Einschränkung von Inhalten auf YouTube und anderen Google-Diensten nachgekommen sei, gegenüber "60 Prozent" zuvor.

Das Ministerium hat die Quellen dieser Zahlen oder Rechtsgrundlagen für diese Anfragen nicht bekannt gegeben. Das Ministerium sagte, es habe Facebook gebeten, einige Live-Streaming-Funktionen einzuschränken und Online-Inhalte vorab zu zensieren und Anzeigen zu entfernen, "die auf Anfrage der Regierung gefälschte Nachrichten zu politischen Themen verbreiten". Facebook erklärt, der Prozess zum Entfernen oder Blockieren von Inhalten sei "in Vietnam derselbe wie auf der ganzen Welt". Der gemeldete Inhalt wird anhand der Community-Standards des Unternehmens überprüft.¹⁷ Vermutlich erfolgt der Prozess des Löschsens nach wie vor nach der o.g. Methode.

¹⁵ Freedom House: Jahresbericht Vietnam 2019, <https://freedomhouse.org/country/vietnam/freedom-net/2019>, Zugriff am 29.04.20

¹⁶ CNN: 'Stalinist' Vietnamese cybersecurity law takes effect, worrying rights groups and online campaigners, <https://edition.cnn.com/2019/01/02/asia/vietnam-cybersecurity-bill-intl/index.html>, Zugriff am 29.04.20

¹⁷ HRW: World Report 2020, a.a.O.



KURZPORTRAIT VON DREI GEWALTLOSEN POLITISCHEN GEFANGENEN

TRAN HUYNH DUY TUC

Trần Huỳnh Duy Thức wurde wegen Blogbeiträgen über das politische und wirtschaftliche Leben in Vietnam verurteilt. Er ist ein Verfechter sozialer und wirtschaftlicher Reformen.

Ursprünglich wurde Trần Huỳnh Duy Thức „Diebstahl von Telefonleitungen“ vorgeworfen, bevor ein Strafverfahren wegen „Propaganda gegen den Staat“ gegen ihn eröffnet wurde. Während seines Verfahrens im Januar 2010 wurde Trần Huỳnh Duy Thức nach Paragraph 79 des Strafgesetzbuchs von 1999 wegen Aktivitäten, die auf einen „Umsturz“ des Staates abzielen, angeklagt und schuldig gesprochen. Im Laufe des Verfahrens sagte Trần Huỳnh Duy Thức, er sei während der Untersuchungshaft gefoltert worden, damit er ein „Geständnis“ ablegt. Er wurde zu 16 Jahren Gefängnis und einem anschließenden fünfjährigen Hausarrest verurteilt.¹⁸

HUỶNH TRƯƠNG CA

Huỳnh Trương Ca wurde im September 2018 festgenommen, als er auf dem Weg zu einer friedlichen Protestveranstaltung in Ho-Chi-Minh-Stadt war. Er ist Mitglied in einer Gruppe namens Hiến Pháp („Verfassung“), die für die Förderung und den Schutz der Grundrechte eintritt, die in der vietnamesischen Verfassung von 2013 verankert sind. Bereits vor seiner Festnahme war Huỳnh Trương Ca mehrmals von örtlichen Sicherheitskräften schikaniert und eingeschüchtert worden. Die Behörden hatten ihn aufgefordert, „nicht mehr auf Facebook über Menschenrechte zu sprechen und die Regierung zu kritisieren“. Er weigerte sich jedoch, dieser Aufforderung nachzukommen.

Am 28. Dezember 2018 wurde Huỳnh Trương Ca vom Volksgericht der Provinz Đồng Tháp zu fünfeneinhalb Jahren Haft verurteilt. Er war für schuldig befunden worden, gemäß Paragraph 117 des Strafgesetzbuchs von 2015 „Propaganda gegen den Staat“ betrieben zu haben. Huỳnh Trương Ca ist im Gefängnis von Xuân Lộc inhaftiert, das sich etwa 250 Kilometer von seinem Zuhause entfernt befindet, so dass es für seine Angehörigen schwierig ist, ihn zu besuchen und mit den nötigen Lebensmitteln und Medikamenten zu versorgen. Huỳnh Trương Ca leidet unter mehreren Erkrankungen, er hat Lungen- und Magenprobleme sowie Bluthochdruck und Diabetis, bekommt aber keine angemessene medizinische Versorgung.¹⁹

¹⁸ Amnesty International: Open Letter on Trần Huỳnh Duy Thức; <https://www.amnesty.org/download/Documents/ASA4162342017ENGLISH.PDF>; Zugriff am 21.4.2020

¹⁹ Amnesty International: „Prisoners of Conscience in Vietnam“, Mai 2019, <https://www.amnesty.org/en/documents/asa41/0303/2019/en/>, S.11, Zugriff am 21.04.2020



NGUYỄN VĂN HÓA

Nguyễn Văn Hóa ist ein Blogger aus dem Bezirk Kỳ Anh, im nördlichen Zentralvietnam. Er wurde im Januar 2017 festgenommen, weil er über eine 2016 vom Chemieunternehmen Formosa Plastics verursachte Umweltkatastrophe in Vietnam berichtet hatte.

Im November 2017 wurde Nguyễn Văn Hóa wegen "Propaganda gegen den Staat", angeklagt und verurteilt. Er wurde zu sieben Jahren Haft und anschließend zu drei Jahren Hausarrest verurteilt. Er befindet sich derzeit im Gefängnis An Đầm, in der Provinz Bình Quảng.²⁰

AMNESTY INTERNATIONAL FORDERT:

- die sofortige und bedingungslose Freilassung aller Gefangenen aus Gewissensgründen,
- Gewährleistung des Zugangs zu angemessener medizinischer Versorgung für alle Gefangenen sowie ihres uneingeschränkten Zugangs zu Anwäl*innen/Familienangehörigen,
- Aufrechterhaltung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Religionsfreiheit, einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung im Internet, wie es in der vietnamesischen Verfassung garantiert ist,
- Gewährleistung der Achtung des Rechts auf ein faires Verfahren und der Unabhängigkeit der Justiz,
- die Abschaffung der Todesstrafe.

²⁰ Amnesty International: „Prisoners of Conscience in Vietnam“, Mai 2019, <https://www.amnesty.org/en/documents/asa41/0303/2019/en/>, S. 18, Zugriff am 21.04.2020

